



2010

# Statistik Kommunal Langenau



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

425072

## Impressum

---

### Statistik Kommunal 2010

Artikel-Nr. 8035 10001

Herausgeber und Vertrieb  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis  
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis  
Mit freundlicher Genehmigung:  
Westermann Schulbuchverlag GmbH,  
Braunschweig

© Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch  
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

---

2010

# Statistik Kommunal

## Langenau

## **Entwicklung und Realisierung**

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Datenaufbereitung und Programmierung:** Martin Winter ■ **Redaktion:** Regina Koch-Richter ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Krentz ■ Und mit inhaltlicher Unterstützung der Fachreferate!

## Einführung und Inhalt

Zum vierten Mal erscheint die themenübergreifende Publikation „Statistik Kommunal“ für die 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs. Gemeinderelevante Daten werden in knapper und übersichtlicher Form dargestellt. 15 Tabellen und 10 Schaubilder bieten wichtige statistische Informationen für jede einzelne Gemeinde Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ sowie „Verkehr“ bis hin zu „Gemeindefinanzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Die zeitliche Entwicklung ist aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume liegen.

Für „Statistik Kommunal“ wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystems Baden-Württembergs verwendet. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere Gemeindedaten entnehmen Sie bitte unserem Internetangebot: [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) und ebenfalls dem darin enthaltenen „Demografie-Spiegel“.

Gemeindedaten im Überblick .....	4
Zeichenerklärung .....	6
Fläche.....	7
Bevölkerung.....	8
Wahlen .....	10
Wohnen .....	11
Bildung.....	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	13
Landwirtschaft .....	14
Gemeindefinanzen und Personal .....	15
Wasserwirtschaft .....	16
Verkehr .....	17
Fußnoten .....	18
Erläuterungen und Definitionen.....	19

## Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
<b>Fläche</b>		
Fläche insgesamt 2009	ha	7 500
<b>Bevölkerung</b>		
Bevölkerung Ende 2009	Anzahl	14 358
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2009	Anzahl	- 7
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2009	Anzahl	+ 80
Bevölkerungszu-/abnahme 2009	Anzahl	+ 73
<b>Wohnen</b>		
Wohngebäude 2009	Anzahl	3 689
Wohnungen 2009 <sup>1)</sup>	Anzahl	6 164
<b>Bildung<sup>2)</sup></b>		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2009/2010	Anzahl	2 727
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2009/2010	Anzahl	941
Schüler an Realschulen 2009/2010	Anzahl	749
Schüler an Gymnasien 2009/2010	Anzahl	999
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2009/2010	Anzahl	177
<b>Beschäftigte und Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2009	Anzahl	3 899
Pendlersaldo 2009	Anzahl	- 1 188
Arbeitslose insgesamt 2009	Anzahl	280
Arbeitslose Frauen 2009	Anzahl	119
<b>Landwirtschaft</b>		
Landwirtschaftliche Betriebe 2007	Anzahl	120
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2007	ha	5 257
<b>Tourismus</b>		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2009	Anzahl	6
Schlafgelegenheiten insgesamt 2009	Anzahl	235
Ankünfte insgesamt 2009	Anzahl	18 545
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2009	Anzahl	32 903
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2009	Anzahl	7 414
<b>Gemeindefinanzen</b>		
Steuerkraftmesszahl 2009	1 000 EUR	9 752
Steuerkraftsumme 2009	1 000 EUR	13 098
Schuldenstand 2009	1 000 EUR	12 326
Gewerbesteuerhebesatz 2009	%	340
<b>Verkehr</b>		
Kraftfahrzeugbestand 2009	Anzahl	9 441
Straßenverkehrsunfälle 2009 <sup>4)</sup>	Anzahl	83
Verunglückte Personen 2009	Anzahl	82

## ... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
<b>Fläche</b>				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2009	%	14	11	14
Waldfläche 2009	%	11	30	38
Landwirtschaftsfläche 2009	%	74	57	46
<b>Bevölkerung</b>				
Ausländeranteil 2009	%	11	9	12
Durchschnittsalter 2009	Jahre	41,3	41,4	42,5
Bevölkerungsdichte 2009	Einw/km <sup>2</sup>	191	140	301
<b>Bundestagswahl 2009</b>				
Wahlbeteiligung	%	75,0	74,7	72,4
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	34,5	39,0	34,4
SPD	%	18,3	16,6	19,3
FDP	%	18,9	18,6	18,8
GRÜNE	%	14,5	12,6	13,9
DIE LINKE	%	5,7	6,1	7,2
<b>Wohnen</b>				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2009	%	66	69	58
Wohnfläche je Einwohner 2009	m <sup>2</sup>	43	44	43
<b>Bildung<sup>2)</sup></b>				
Übergänge auf Hauptschulen 2009/2010	%	28	27	25
Übergänge auf Realschulen 2009/2010	%	38	38	34
Übergänge auf Gymnasien 2009/2010	%	34	35	40
<b>Beschäftigte und Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2009	%	21	50	39
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2009	%	48	21	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2009	%	31	29	41
<b>Tourismus</b>				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2009	%	35	25	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2009	Tage	1,8	2,0	2,6
<b>Gemeindefinanzen</b>				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2009	EUR	688	899	857
Schuldenstand je Einwohner 2009	EUR	864	580	883
<b>Wasserwirtschaft</b>				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2007	Liter/Tag	120	119	116
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2010	EUR/m <sup>3</sup>	2,77	3,87	4,16
<b>Verkehr</b>				
Pkw je 1 000 Einwohner 2009	Anzahl	527	552	527

## Abkürzungen

AK-E – Arbeitskraft-Einheiten

Einw. – Einwohner

EUR – Euro

ha – Hektar

m<sup>3</sup> – Kubikmeter

LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Mill. – Millionen

Mrd. – Milliarden

VZÄ – Vollzeitäquivalente

## Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

## Fläche

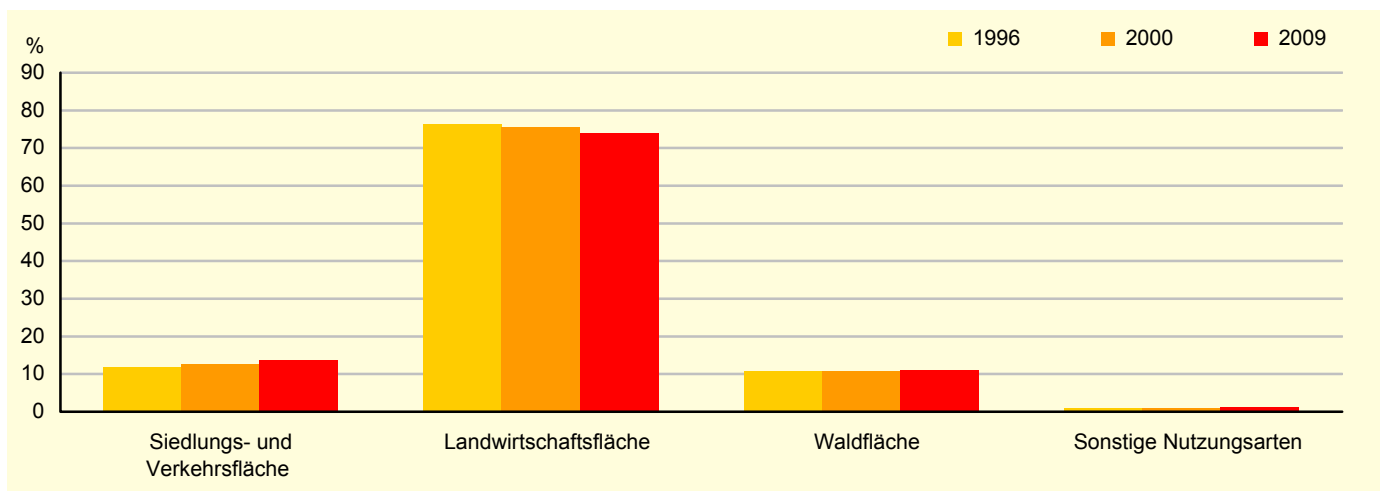
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst aktuell 35 751 km<sup>2</sup>. Drei Besonderheiten hat der Südweststaat: mit Büsingen am Hochrhein (Landkreis Konstanz), die einzige Gemeinde Deutschlands, die eine Exklave und gänzlich von der Schweiz umgeben ist. Der Gutsbezirk Münsingen, gemeindefrei und bewohntes Gebiet im Landkreis Reutlingen, über dessen Auflösung und Eingliederung in die umliegenden Gemeinden derzeit verhandelt wird. Die dritte Besonderheit ist der Grundbesitz Rheinau, der gemeindefrei und unbewohnt im Ortenaukreis mit einer Größe von 10 km<sup>2</sup> liegt. Das Gebiet ist in der anfangs angegebenen Gebietsgröße des Landes berücksichtigt.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit gut 503 000 ha rund 14 %. Die tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Industrie und Straßen erreichte im Jahr 2009 den Umfang von 7,0 ha und ist damit gegenüber den Vorjahren weiter zurückgegangen. Die Gebäude- und Freiflächen nehmen dabei mit 54 % den größten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes ein. Unter den Gemeinden schwanken die einzelnen Arten der Flächennutzung erheblich: so hat Bad Rippoldsau-Schapbach im Landkreis Freudenstadt mit 91 % den höchsten Anteil an Waldfläche, Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg mit 61 % den höchsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Bodenfläche.

### Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Gemeinde

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2009		2009	
	ha	%	ha	%	ha	%
<b>Fläche insgesamt</b>	<b>7 500</b>	<b>100,0</b>	<b>7 500</b>	<b>100,0</b>	<b>3 575 145</b>	<b>100,0</b>
Siedlungs- und Verkehrsfläche	940	12,5	1 037	13,8	502 954	14,1
darunter						
Gebäude- und Freifläche	413	5,5	494	6,6	269 953	7,6
Betriebsfläche ohne Abbauland	4	–	4	0,1	4 345	0,1
Verkehrsfläche	490	6,5	506	6,7	195 096	5,5
Erholungsfläche	30	0,4	30	0,4	30 068	0,8
Friedhofsfläche	4	–	3	–	3 493	0,1

### Flächennutzung in der Gemeinde



## Bevölkerung

Die Entwicklung der Einwohner und insbesondere deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen oder der Ausweisung von Bauland. Die Zahl der Baden-Württemberger stieg in den Jahren nach der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2007 weiter bis auf 10,75 Mill. an. Die letzten zwei Jahre kam es jedoch erstmals wieder zu einem Rückgang der Einwohnerzahl auf einen Stand von 10,74 Mill. Einwohner Ende 2009. Da seit 2006 auch im Südwesten mehr Menschen sterben als geboren werden, reichen die Zuwanderungen nicht mehr aus, um dieses Defizit auszugleichen. Nur gut ein Drittel der 1 102 Gemeinden des Landes verzeichnete 2009 gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs der Einwohner, davon allerdings keine Kommune mehr als 5 %.

Die Baden-Württemberger waren Ende des Jahres 2009 durchschnittlich 42,5 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor waren sie mit 40,0 Jahren noch 2,5 Jahre jünger. Die jüngste Bevölkerung im Land lebte 2009 in Wörnersberg im Landkreis Freudenstadt mit durchschnittlich 35,5 Jahren. Die im Landesvergleich älteste Kommune ist – nicht zuletzt aufgrund des dortigen Frauenklosters – Untermarchtal, gelegen im Alb-Donau-Kreis mit 49,9 Jahren. Neben den regionalen Besonderheiten beeinflussen die Geburtenhäufigkeiten und die Zu- oder Fortzüge junger Familien mit kleinen Kindern das Altern einer Kommune.

### Bevölkerungsentwicklung seit 1871\*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	4 968	47	53	66	1990	12 031	49	51	160
1890	5 076	47	53	68	1994	12 867	50	50	172
1900	4 778	46	54	64	1998	13 348	50	50	178
1910	4 942	47	53	66	2002	14 107	50	50	188
1925	5 149	47	53	69	2003	14 140	50	50	189
1933	5 299	48	52	71	2004	14 179	50	50	189
1939	5 567	48	52	74	2005	14 235	50	50	190
1950	8 124	47	53	108	2006	14 163	50	50	189
1961	9 519	47	53	127	2007	14 161	50	50	189
1970	10 631	48	52	142	2008	14 285	50	50	190
1987	11 560	49	51	154	2009	14 358	51	49	191

### Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen						Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)				
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
	Anzahl															
2001	141	127	+	14	+	1	781	612	+	169	+	12	+	183	+	13
2002	142	91	+	51	+	4	784	653	+	131	+	9	+	182	+	13
2003	144	123	+	21	+	1	709	696	+	13	+	1	+	34	+	2
2004	131	122	+	9	+	1	725	695	+	30	+	2	+	39	+	3
2005	120	131	-	11	-	1	722	655	+	67	+	5	+	56	+	4
2006	142	135	+	7		0	614	693	-	79	-	6	-	72	-	5
2007	119	114	+	5		0	706	713	-	7		0	-	2		0
2008	156	126	+	30	+	2	802	708	+	94	+	7	+	124	+	9
2009	112	119	-	7		0	804	724	+	80	+	6	+	73	+	5

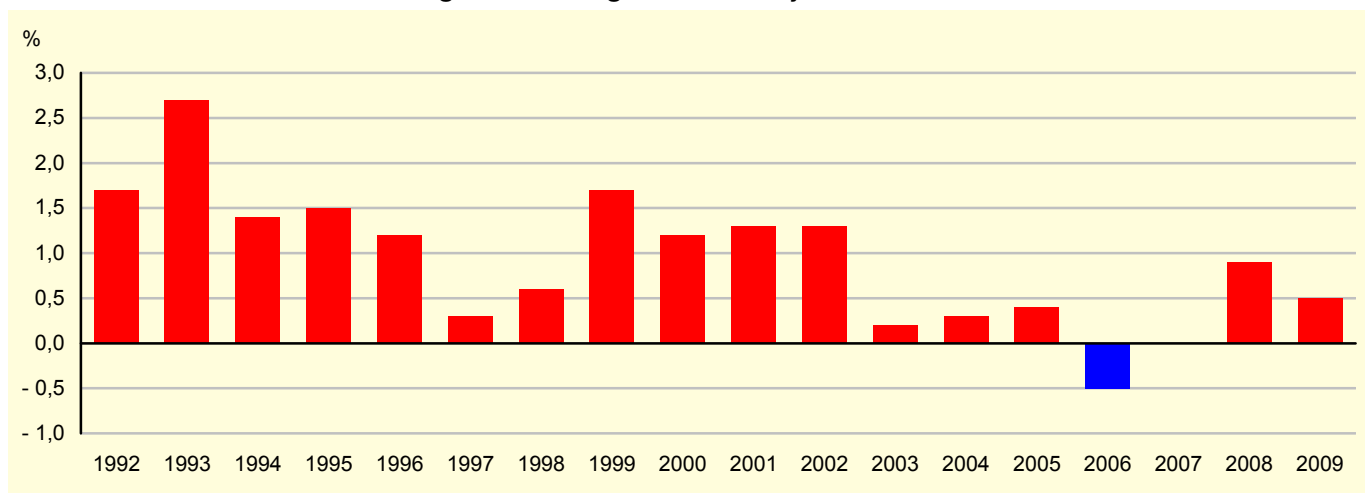
**Bevölkerungsstruktur 2009**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	395	3	197	3	198	3	3	3	2	
3 – 6	426	3	233	3	193	3	3	3	3	
6 – 15	1 482	10	762	11	720	10	9	10	9	
15 – 18	526	4	275	4	251	4	3	3	3	
18 – 25	1 202	8	639	9	563	8	8	9	8	
25 – 40	2 657	19	1 384	19	1 273	18	19	19	18	
40 – 65	5 136	36	2 655	37	2 481	35	36	37	35	
65 – 75	1 389	10	667	9	722	10	11	11	11	
75 und mehr	1 145	8	442	6	703	10	9	7	10	
<b>Insgesamt</b>	<b>14 358</b>	<b>100</b>	<b>7 254</b>	<b>100</b>	<b>7 104</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>										
	41,3		40,1		42,4		42,5	41,3	43,7	

**Bevölkerungsstruktur 1999**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	465	3	231	3	234	3	3	3	3	
3 – 6	497	4	271	4	226	3	3	3	3	
6 – 15	1 527	11	781	12	746	11	10	11	10	
15 – 18	473	3	230	3	243	4	3	3	3	
18 – 25	1 067	8	586	9	481	7	8	8	8	
25 – 40	3 282	24	1 673	25	1 609	24	24	25	23	
40 – 65	4 227	31	2 189	32	2 038	30	32	33	32	
65 – 75	1 161	9	534	8	627	9	9	8	9	
75 und mehr	874	6	265	4	609	9	7	4	9	
<b>Insgesamt</b>	<b>13 573</b>	<b>100</b>	<b>6 760</b>	<b>100</b>	<b>6 813</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>										
	38,9		37,4		40,4		40,0	38,3	41,6	

**Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr**



## Wahlen

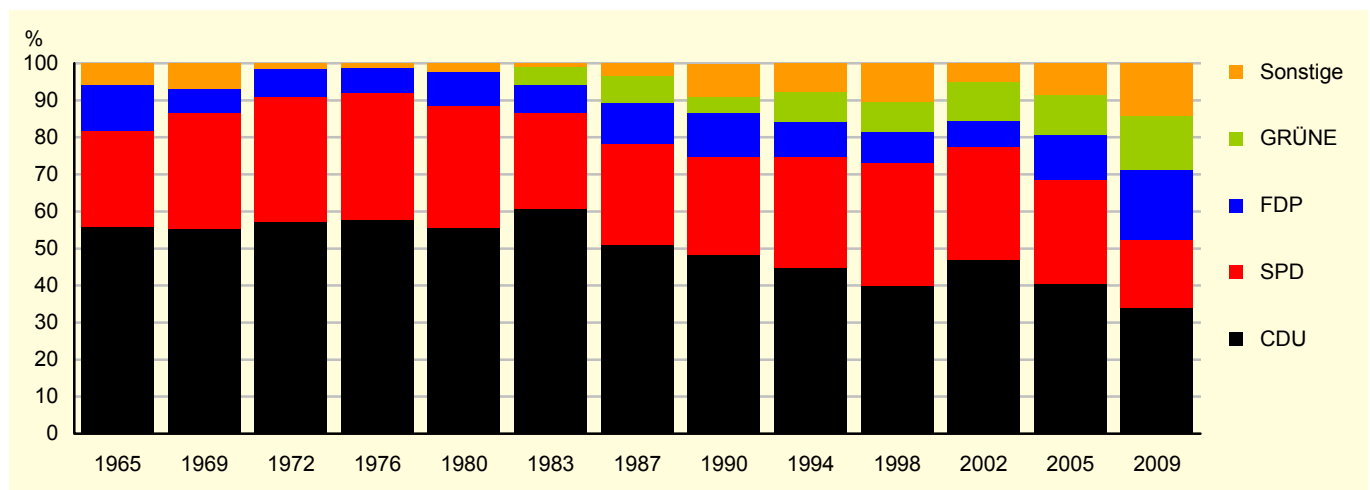
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Zwar gibt es durchaus regionale Unterschiede in den Wahlergebnissen im deutschen Südwesten. Jedoch erwies sich seit Bestehen des Landes die CDU sowohl bei Landtagswahlen als auch bei Bundestagswahlen und Europawahlen als stärkste Partei Baden-Württembergs. Zuletzt fanden im Jahr 2009 die Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag statt. Die CDU lag hierbei mit einem Zweitstimmenanteil von 34,4 % erneut an erster Stelle, verlor jedoch gegenüber der Bundestagswahl 2005 4,8 Prozentpunkte. Die SPD kam auf 19,3 % der gültigen Zweitstimmen und musste damit ihr bislang niedrigstes Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl im Land hinnehmen. Die FDP erreichte mit 18,8 % dagegen ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis bei allen bisherigen Bundestagswahlen, ebenso wie die GRÜNEN mit 13,9 % der landesweit gültigen Zweitstimmen. Die LINKE kam auf 7,2 %.

Das Interesse der Baden-Württemberger an den Bundestagswahlen ist höher als das an anderen Wahlen. Die Wahlbeteiligung ging aber auch hier auf zuletzt 72,4 % weiter zurück. Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik sind unter den Wahlberechtigten immer mehr Ältere – der Anteil der 60-Jährigen und Älteren war 2009 mit knapp 33 % nahezu doppelt so hoch wie der der unter 30-jährigen Wahlberechtigten (16,9 %).

### Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl <sup>1)</sup>	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile <sup>2)</sup>				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2006	mit	10 005	5 426	54,2	48,2	22,5	13,9	8,2	7,1
Landtagswahl 2001	mit	9 555	5 844	61,2	46,2	33,0	7,2	6,7	6,9
Veränderung		+ 450	- 418	- 7,0	+ 2,0	- 10,5	+ 6,7	+ 1,5	+ 0,2
Bundestagswahl 2009	mit	10 156	7 617	75,0	34,5	18,3	14,5	18,9	13,8
Bundestagswahl 2005	mit	10 048	8 145	81,1	41,3	27,9	10,7	11,9	8,2
Veränderung		+ 108	- 528	- 6,1	- 6,8	- 9,6	+ 3,8	+ 7,0	+ 5,6
Europawahl 2009	mit	10 095	5 714	56,6	38,0	17,9	13,8	14,5	15,8
Europawahl 2004	mit	9 948	5 706	57,4	49,3	18,5	14,3	5,7	12,3
Veränderung		+ 147	+ 8	- 0,8	- 11,3	- 0,6	- 0,5	+ 8,8	+ 3,5

### Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen



## Wohnen

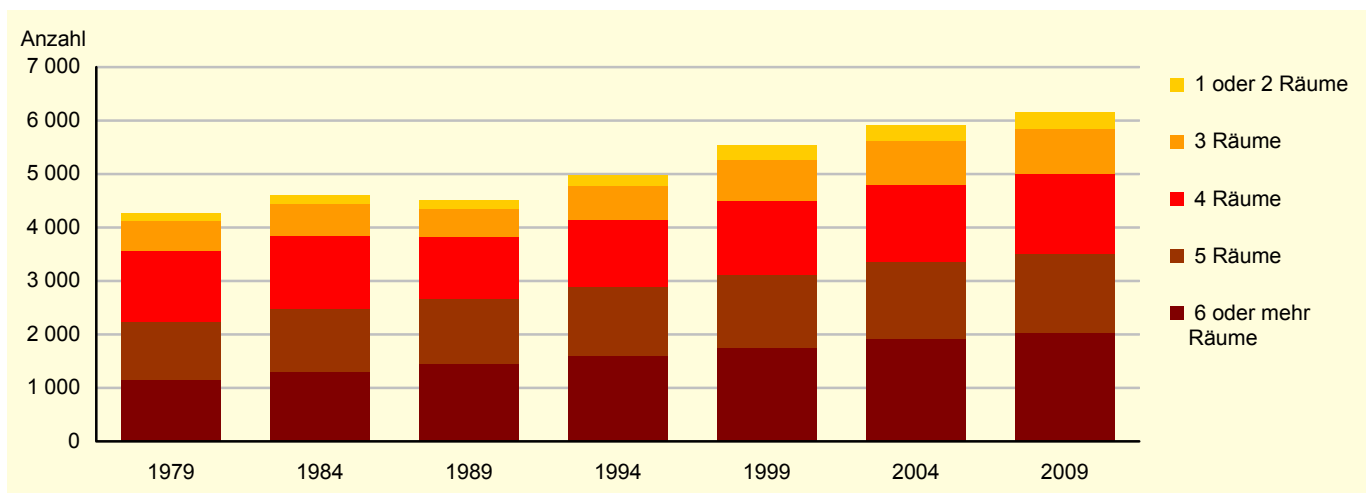
Trotz sinkender Bevölkerungszahl nahm im Jahr 2009 der Wohnungsbestand weiter zu. Die Tendenz zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt die Verbesserung der Wohnverhältnisse führten zu einem Bestand von 2,32 Mill. Wohngebäuden und 4,98 Mill. Wohnungen in Baden-Württemberg. Durchschnittlich 92,1 m<sup>2</sup> umfasste dabei die Fläche einer Wohnung. Rein rechnerisch teilten sich 216 Einwohner 100 Wohnungen. Damit standen jedem Baden-Württemberger Ende 2009 42,7 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung. Zehn Jahre zuvor waren es noch 39,9 m<sup>2</sup>. Die Zahl der Errichtung neuer Wohngebäude und Wohnungen ist seit Mitte der 90er-Jahre rückläufig und erreichte 2009 mit rund 12 000 fertig gestellten Wohngebäuden einen neuen Tiefstand.

Ende 2009 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 24 % Zweifamilienhäuser und gut 17 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil in den Gemeinden Guggenhausen (Landkreis Ravensburg) und Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) mit jeweils 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit 27 %, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart mit knapp 31 %.

### Wohngebäude und Wohnungen

Jahr	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1991	2 901	1 896	65	779	27	226	8	4 583	265	37
1993	3 012	1 975	66	796	26	241	8	4 805	264	37
1995	3 114	2 018	65	828	27	268	9	5 178	252	38
1997	3 177	2 054	65	839	26	284	9	5 351	248	39
1999	3 284	2 126	65	857	26	301	9	5 542	245	40
2001	3 397	2 222	65	866	25	309	9	5 705	244	40
2003	3 512	2 306	66	889	25	317	9	5 880	240	41
2005	3 550	2 333	66	892	25	325	9	5 963	239	41
2007	3 629	2 401	66	902	25	326	9	6 057	234	43
2009	3 689	2 453	66	905	25	331	9	6 164	233	43

### Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



## Bildung

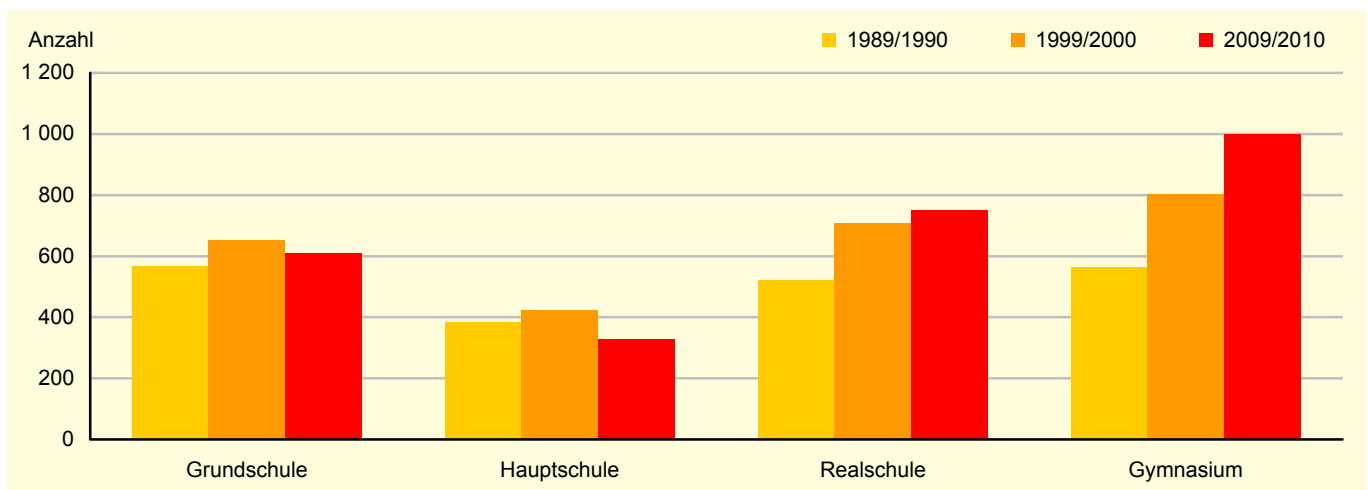
Baden-Württemberg besitzt ein nahezu flächendeckendes Angebot an öffentlichen Grund-, Werkreal-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. Darüber hinaus gibt es zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler ein differenziertes Sonderschulwesen. In einigen dieser sonderpädagogischen Bildungsgänge können auch die Abschlüsse der allgemeinen Schulen erworben werden. Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in den 80er-Jahren war seit den 90er-Jahren im Land wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2003/04 wurde mit gut 1,3 Mill. Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen ein Maximum erreicht. Seitdem hat sich die Schülerzahl auf knapp 1,23 Mill. im Schuljahr 2009/10 verringert. Bis 2020 dürfte die Zahl weiter auf weniger als eine Million absinken. Schon 2009 wurden weniger Kinder eingeschult als in den Jahren zuvor, was sich in einigen Jahren auf die weiterführenden Schulen auswirken wird. Auf der anderen Seite werden stärkere Jahrgänge aus dem Schulsystem herauswachsen.

Gut 4 200 allgemeinbildende Schulen gab es im Schuljahr 2009/10 in Baden-Württemberg, einschließlich der Abendgymnasien, Abendrealschulen und Kollegs. Dabei können auch mehrere Schularten unter einem Dach untergebracht sein. 436 und damit gut jede zehnte Schule stand unter privater Trägerschaft. Darunter waren 56 Freie Waldorfschulen.

### Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2009/2010

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt <sup>1)</sup>	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse <sup>2)</sup>	Zum Vergleich: Schuljahr 1999/2000	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse <sup>2)</sup>
			Anzahl	%		Anzahl		
Grundschulen	3	611	611	47	9	22	654	23
Hauptschulen	2	330	330	41	21	19	424	20
Sonderschulen	1	38	38	.	.	8	42	11
Realschulen	1	749	749	48	4	29	710	27
Gymnasien	1	999	999	.	.	28	804	27
Freie Waldorfschulen	–	.	.	.	.	.	.	.
Andere Schularten <sup>3)</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>8</b>	<b>2 727</b>	<b>2 727</b>	.	.	<b>X</b>	<b>2 634</b>	<b>X</b>

### Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



## Beschäftigung und Arbeitsmarkt

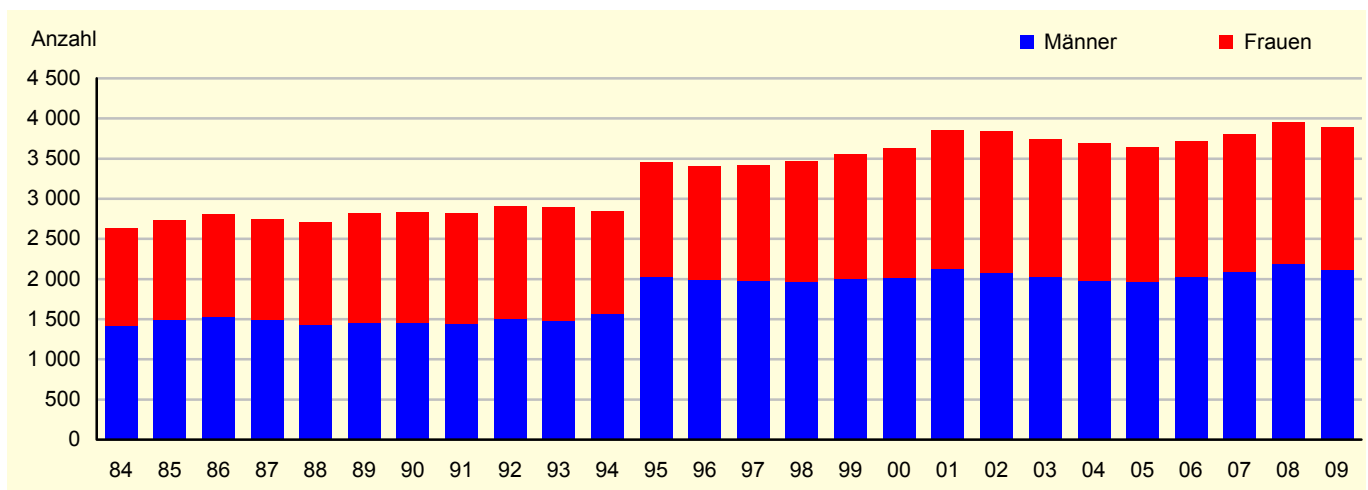
Zur Jahresmitte 2009 waren im Land rund 3,85 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies sind knapp 1 % und damit rund 36 700 weniger als ein Jahr zuvor. Die Vollzeitbeschäftigung verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %, während die Teilzeitbeschäftigung dagegen um 3,3 % auf rund 694 000 Personen zunahm. Mit 18 % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt wurde damit ein neuer Höchststand erreicht. Vom Rückgang der Beschäftigtenzahlen war 2009 insbesondere das Produzierende Gewerbe betroffen. Um 36 200 Personen bzw. 2,3 % ging hier die Zahl der Beschäftigten zurück. Im Dienstleistungsbereich waren mit zuletzt 2,35 Mill. fast genauso viele Personen wie im Vorjahr tätig. Der Rückgang der Beschäftigten insgesamt betraf mehr Männer als Frauen, da Männer häufiger in Vollzeit arbeiten und im Produzierenden Gewerbe tätig sind.

Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise stieg die Zahl der Arbeitslosen 2009 in Baden-Württemberg an. Im Jahreschnitt waren knapp 285 000 Personen ohne Arbeit und damit 24 % mehr gegenüber dem Vorjahr. Allein die Zahl der unter 25-Jährigen, die etwa ein Zehntel der Arbeitslosen darstellen, nahm um 42 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zahl der 55-jährigen und älteren Arbeitslosen nahm um 31 % auf 42 700 zu. Seit Mai des Jahres 2010 hat sich die Arbeitsmarktlage wieder gebessert.

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, sowie Arbeitslose\*)

Jahr (30.6.)	Beschäftigte		Und zwar <sup>1)</sup>				Arbeits- lose insgesamt	Und zwar		
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
1985	2 729	240	45	52	18	26	.	.	.	.
1990	2 839	236	49	49	20	28	.	.	.	.
1995	3 455	266	41	37	28	33	.	.	.	.
2000	3 621	266	44	28	33	37	302	49	9	32
2005	3 639	255	46	24	42	32	481	49	15	13
2006	3 718	262	45	23	43	33	392	49	12	15
2007	3 798	269	45	22	43	33	275	52	12	15
2008	3 957	279	44	21	45	33	214	55	11	12
2009	3 899	273	46	21	48	31	280	42	14	11

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



## Landwirtschaft

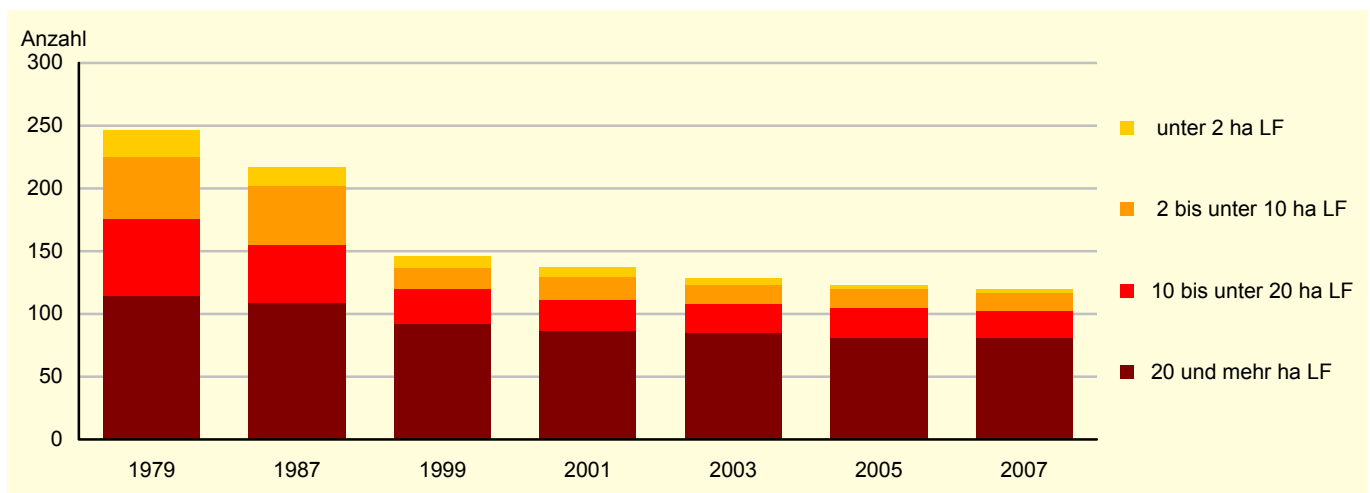
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft führten in den vergangenen Jahrzehnten auf der einen Seite zu einem deutlichen und steten Rückgang der Zahl der Betriebe. Auf der anderen Seite stieg die durchschnittliche Betriebsgröße. 2007 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 57 049 Betriebe gezählt. 17 Jahre zuvor war deren Zahl im Land noch doppelt so hoch. Die Betriebsgröße betrug zu Beginn der 90er-Jahre noch 12,5 ha je Betrieb. Zuletzt ist diese Größe auf 25,2 ha gestiegen. Der Strukturwandel ist Ausdruck eines Anpassungsprozesses vor dem Hintergrund technischer Fortschritte und sich verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, eingebettet in eine europäische Agrarpolitik.

Landesweit wurde im Jahr 2007 eine Fläche von knapp 1,4 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt, davon 58 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Etwa 3 % der Fläche entfielen auf Dauerkulturen, beispielsweise Rebland oder Obstbauflächen. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und auch Sonderkulturen wie zum Beispiel Tabak, Hopfen oder Spargel widerspiegelt. Derzeit werden die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 ausgewertet, aktuelle Ergebnisse auf regionaler Ebene werden voraussichtlich ab Mitte 2011 zur Verfügung stehen.

### Landwirtschaft\*)

Jahr <sup>1)</sup>	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
Anzahl		ha	%			ha	Anzahl				
1983	228	155	5 127	71	28	1	22	7 075	40	11 418	66
1987	217	147	5 096	73	26	1	23	6 850	43	13 651	83
1995	177	102	4 951	74	25	1	28	5 502	50	15 289	142
1999	146	83	5 214	73	26	1	36	4 687	54	18 753	226
2001	137	.	5 199	73	26	1	38	4 703	60	20 341	283
2003	128	77	5 319	73	27	1	42	4 620	65	20 971	323
2005	123	.	5 200	74	25	1	42	.	.	.	.
2007	120	66	5 257	73	27	1	44	4 017	67	22 137	410

### Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



### Gemeindefinanzen und Personal

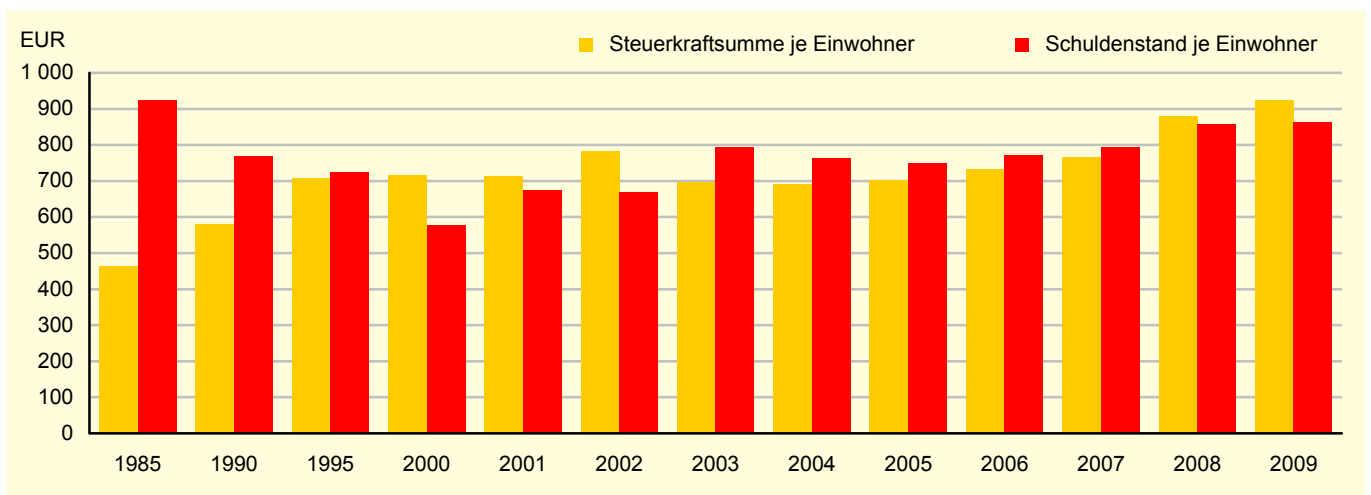
In den Jahren vor 2009 hatten sich die Rahmenbedingungen für die Gemeinden aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung im Land deutlich verbessert. Hohe Zuwächse bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer standen moderaten Zunahmen bei den Ausgaben gegenüber. Die weltweit angespannte wirtschaftliche Situation im Jahr 2009 hinterließ allerdings auch bei den Gemeindefinanzen im Südwesten ihre Spuren: Die Einnahmen insgesamt lagen mit 21 Mrd. Euro um 1,6 Mrd. unter dem Niveau des Vorjahres (- 7,2 %). Mit einem Rückgang von nahezu 25 % brachen darunter insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer ein. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ging um 11,7 % zurück. Die Ausgaben der Gemeinden im Land stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 11 % auf rund 24 Mrd. Euro.

Die kommunalen Schulden am Kreditmarkt, das heißt die der Kernhaushalte und der Eigenbetriebe, nahmen 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 9,5 Mrd. Euro zu. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit landesweit bei rund 883 Euro. 114 der 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs hatten Ende 2009 keine Schulden am Kreditmarkt. Bei zeitlichen und interkommunalen Vergleichen ist jedoch zu bedenken, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden.

### Gemeindefinanzen\*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl		Steuerkraftsumme		Schuldenstand <sup>1)</sup>		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	2 463	214	3 926	341	5 571	479	88	.
1985	3 570	313	5 298	464	10 509	925	103	.
1990	4 413	373	6 864	580	9 228	768	187	.
1995	5 998	470	9 026	707	9 414	724	131	.
2000	6 475	481	9 625	716	7 840	576	156	127
2005	6 859	483	9 975	703	10 663	749	171	136
2006	7 492	526	10 456	734	10 945	771	177	139
2007	8 039	567	10 868	766	11 208	794	179	140
2008	9 172	649	12 432	880	12 180	859	180	140
2009	9 752	688	13 098	924	12 326	864	181	142

### Steuerkraftsumme und Schuldenstand



### Wasserwirtschaft

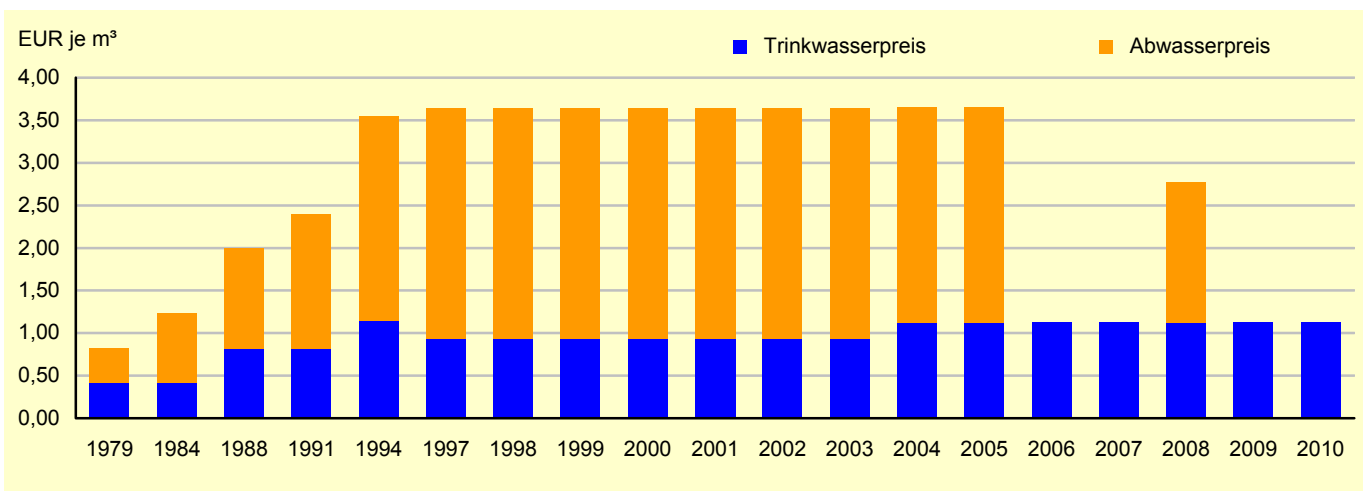
In Baden-Württemberg wurden 2007 insgesamt rund 5,0 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser benötigt. Nach den Ergebnissen der dreijährlich durchgeführten Erhebungen zur Wasserwirtschaft wurden davon 658 Mill. m<sup>3</sup> (13 %) durch die öffentliche Wasserversorgung gewonnen, zumeist als Grund- oder Quellwasser (71 %). Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2007 rund 567 Mill. m<sup>3</sup>. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit noch mal deutlich auf 116 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien.

Der durchschnittliche Kubikmeterpreis für Trink- und Abwasser lag zum 01. Januar 2010 bei 4,16 Euro. Davon entfallen 1,91 Euro auf den Kubikmeter Trinkwasser und 2,25 Euro auf den Kubikmeter Abwasser. Insgesamt 29 der 1 102 Gemeinden in Baden-Württemberg erheben ausschließlich eine gesplittete Abwassergebühr. Die Gebühr für die Entsorgung und Behandlung von Abwasser beträgt dabei durchschnittlich 1,57 Euro je m<sup>3</sup> Schmutzwasser und 0,62 Euro je m<sup>2</sup> Niederschlagswasser.

### Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste <sup>1)</sup>	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis <sup>2)</sup>	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch				
									1 000 m <sup>3</sup>
							EUR je m <sup>3</sup> <sup>3)</sup>		
1979	36 503	1 095	743	520	70	123	0,41	0,41	0,82
1987	28 481	686	661	573	87	136	0,60	0,61	1,22
1991	44 306	512	691	661	96	149	0,82	1,58	2,41
1995	38 400	434	724	696	96	146	0,93	2,71	3,64
1998	47 723	654	698	660	95	136	0,93	2,71	3,64
2001	47 840	375	791	651	82	128	0,93	2,71	3,64
2004	14 732	646	774	637	82	123	1,12	2,53	3,65
2007	17 086	651	751	619	82	120	1,12	0,00	2,87
2009	.	.	.	.	.	.	1,12	0,00	2,77

### Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser\*)



## Verkehr

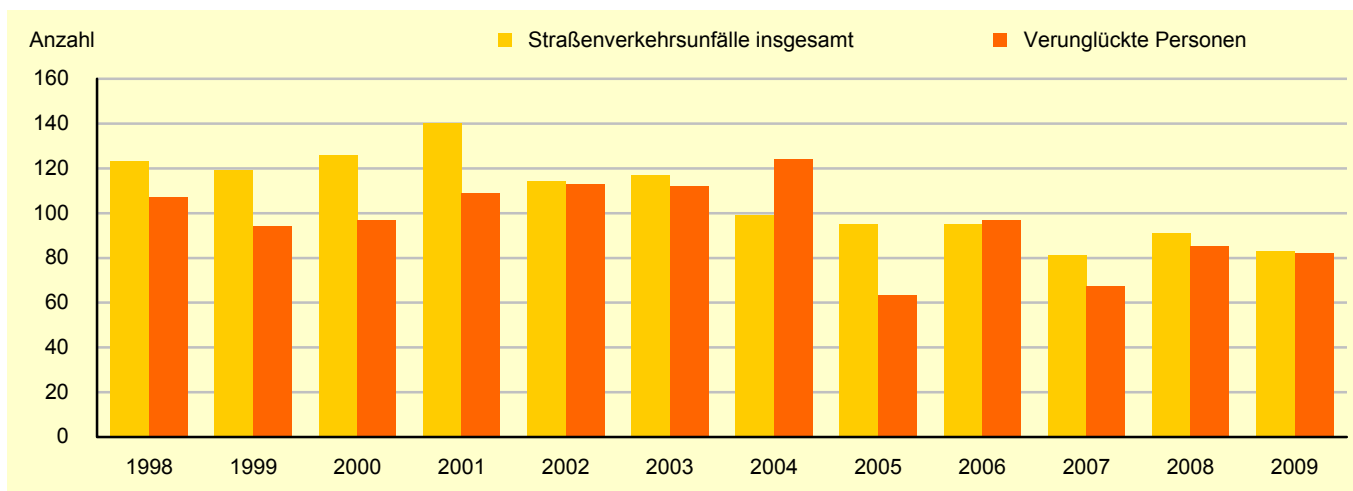
Knapp 6,9 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) waren 2009 in Baden-Württemberg zugelassen. Seit 2008 werden die Fahrzeuge mit einer vorübergehenden Stilllegung bzw. Außerbetriebsetzung nicht mehr aufgeführt, was kurz zu einem methodisch bedingten Rückgang führte. Dennoch war der Kfz-Bestand vor mehr als 30 Jahren nur halb so hoch wie heute. Rund 82 % des Bestands nahmen die Personenkraftwagen (Pkw) ein, deren Zahl sich 2009 bei knapp 5,7 Mill. bewegte. Damit kamen rein rechnerisch auf 1 000 Baden-Würtemberger 527 Pkw. Urban geprägte Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verfügen zumeist über eine gut ausgebaute Infrastruktur hinsichtlich des Personennahverkehrs. In ländlicheren Gebieten ist die Pkw-Dichte demzufolge höher. Ebenfalls eine Rolle spielen gewerblich zugelassene Fahrzeuge von größeren Unternehmen. Die geringste Pkw-Dichte mit 368 Pkw je 1 000 Einwohner weist Schwarzach auf (Neckar-Odenwald-Kreis). Direkt danach folgen die Universitätsstädte Freiburg im Breisgau und Heidelberg mit 369 bzw. 373 Pkw je 1 000 Einwohner.

Mit rund 47 000 verunglückten Personen bei Straßenverkehrsunfällen wurde 2009 ein neuer Tiefstand in Baden-Württemberg erreicht. Das trifft auch auf die Zahl der bei Unfällen Getöteten zu. Insgesamt ging die Gesamtzahl der Unfälle mit Personen- bzw. schwerem Sachschaden um knapp 5 % auf 51 800 zurück.

### Kraftfahrzeuge\*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr <sup>1)</sup>	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle <sup>2)</sup>		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafträder <sup>3)</sup>						
Anzahl									
1991	7 370	6 137	395	507	157	89	127	2	31
1995	8 149	6 612	540	508	120	57	92	2	25
1999	8 651	6 921	652	515	119	67	94	5	33
2003	9 576	7 599	787	539	117	80	112	1	34
2004	9 819	7 818	809	553	99	72	124	1	23
2005	10 022	8 009	834	565	95	50	63	–	15
2006	10 135	8 148	858	572	95	63	97	5	26
2007	10 244	8 239	868	582	81	50	67	–	15
2008	9 345	7 417	795	524	91	60	85	–	16
2009	9 441	7 524	828	527	83	57	82	–	20

### Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



## Fußnoten

### Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter Wohnen, Fußnote 1).
- 2) Im Schuljahr 2009/10. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter Beschäftigte und Arbeitsmarkt, Fußnote\*) .
- 4) Siehe unter Verkehr, Fußnote 2).

### Bevölkerung

- \*) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; von 1990 bis 2009 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

### Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen – Zweitstimmenanteil.

### Wohnen

- 1) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

### Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2009/10.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

### Beschäftigte und Arbeitsmarkt

- \*) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils der 30.06 des Jahres. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort. Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen. Arbeitslose Jahresdurchschnitte.

- 1) Wirtschaftssystematik:
  - bis zum Stichtag 30.06.1998 Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit
  - Ausgabe 1983 (WS73)
  - Stichtag 30.09.1998 bis 31.03.2003 Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993)
  - Stichtag 30.06.2003 bis 31.12.2007 Klassifikation der

Wirtschaftszweige Ausgabe 2003 (WZ 2003)

- seit 31.03. 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008, WZ 2008

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

### Landwirtschaft

- \*) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

### Öffentliche Finanzen und Personal

- \*) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.
- 1) Schuldenstand: Kreditmarktschulden der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen.

### Wasserwirtschaft

- \*) Wenn keine Gesamtabwassergebühr nachgewiesen wird, handelt es sich um eine Gemeinde, die gesplittete Abwassergebühren erhebt (für Niederschlagswasser und Schmutzwasser).
- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
  - 2) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren
  - 3) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001: DM in Euro umgerechnet.

### Verkehr

- \*) Datenquelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: 01. Juli des Jahres; ab 2001: 01. Januar des Jahres. Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt. Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.
  - 2) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.
  - 3) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

## Erläuterungen und Definitionen

### Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten in dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

### Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

### Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebauten unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau land (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

### Haupterwerbsbetriebe

Bis zum Jahr 1995 entschied allein das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Einstufung eines Betriebes als Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetrieb. Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten sowie Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen, in denen

das betriebliche Einkommen größer ist als das außerbetriebliche Einkommen, zählten zu den Haupterwerbsbetrieben. Seit 1997 bilden die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach gelten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

### Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

### Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

### Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachte man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

### Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

### Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

### Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

### Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang

der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mithilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel  $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$  berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

### Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

### Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

### Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



# Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

## So erreichen Sie uns

---

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale  
Telefax 0711/641- 24 40  
poststelle@stala.bwl.de

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.  
Rufen Sie uns an!

### Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen  
und historischen Statistiken für  
Baden-Württemberg, seine Regionen,  
Landkreise und Gemeinden  
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

### Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle  
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

### Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich  
zu allen aktuellen Themen  
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

### Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen  
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

### Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



# Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40  
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de